



Tagung am 19./20. Juni 2010 in Dortmund

Die (neue) soziale Frage in Theorie und Praxis linker Bewegungen

Marx-Engels-Stiftung eV
Gathe 55, 42107 Wuppertal
E-Mail: marx-engels-stiftung@t-online.de
Internet: www.marx-engels-stiftung.de

Wolfgang Richter / Irina Vellay

Aufruf und Programm

Mit dem lange Zeit unerklärten, inzwischen aber politisch deutlich ausgesprochenen Ende des Systems Sozialstaatlichkeit ist die alte soziale Frage – Herstellen und Sichern von Gleichheit – heute neu gestellt. Arme sind nun nicht länger bedauernswerte Ausnahmen im gesellschaftlich erarbeiteten und gesicherten Wohlstand, sondern der massenhafte und weiter anwachsende Nachweis, dass der Neoliberalismus "funktioniert" – seine strukturelle Basis ist das Herstellen von Ungleichheit unter Einschluss der dafür brauchbaren und Ausschluss der dafür nicht brauchbaren Menschen.

Antworten der politischen Linken lassen auf sich warten. Die Forderungen "Hartz IV muss weg" und "bedingungsloses Grundeinkommen muss her" reichen nicht aus. Dieses Ungenügen ist kein Zufall: Die Klasse der Arbeitenden wird zunehmend mit Ausgeschlossenen unterschichtet. Die Trennlinie zwischen "respektablen" und "verachteten Milieus" in der Gesellschaft wird schärfer gezogen. Die Prekarisierung der Existenzbedingungen der arbeitenden Klasse vervielfältigt die Interessenlagen und treibt anomische Tendenzen hervor, auf Kosten der nächst Schwächeren das vermeintlich rettende Ufer zu erreichen. Die Klasse erscheint angesichts dieser von oben medial angeheizten "Balkanisierung" zunehmend ohnmächtig. Der Kampf für Emanzipation von Ausbeutung darf nicht länger einer um die Teilhabe hieran sein, sondern muss konsequent in die Perspektive der Gleichheit aller gestellt werden.

Die Tagung will Ursprünge, Strategien und Ziele sozialpolitischer Impulse in linken Bewegungen aufspüren und diskutieren. Dabei soll "Linke Bewegung" weit gefasst und jedenfalls nicht an Teilhabe oder Nichtteilhabe am Parlamentarismus gemessen werden. Kriterien könnten vielmehr der entwickelte Begriff von Gleichheit in Theorie und Programmatik und sein Gebrauchswert in der politischen Praxis der Initiative, Gewerkschaft, Partei usw. sein. Die Tagung soll das häufig abstrakte Postulat - "Aufheben" der sozialen Ungleichheit - angesichts der gegenläufigen Radikalisierung in der Gesellschaft als Aufgabe linker Bewegungen konkret erfassen und Folgerungen beraten.

Arbeitsmaterialien der Tagung sollen empirische Befunde über die Lage der arbeitenden Klasse und der Armen einerseits und Analysen der Strategien und Zielvorstellungen des Widerstands – der linken Bewegungen - andererseits sein. Es ist davon auszugehen, dass beides häufig nicht zusammenpasst. Es könnte ein Ergebnis der Tagung sein, den Abstand zu verringern.

Die Tagung soll beinhalten

1. einen analytisch beschreibenden Teil am Samstag von 11.00 bis 17.30 Uhr:
 - Wie weit ist der Neoliberalismus mit der Zerstörung der sozialen Beziehungen?
 - Welche sozialen Ungleichheiten, Spaltungen und Ausschlüsse hat er hergestellt?
 - Welche gesellschaftliche Perspektive unter seiner Hegemonie ist erkennbar?
2. einen strategisch diskutierenden Teil am Sonntag von 10.00 bis 16.30 Uhr:
 - Welche Veränderungen kündigen sich im Schoß der alten Gesellschaft an?
 - Welche Kräfte entwickeln Widerstand, auf welche Weise und mit welchen Zielen?
 - Wie können die Träger/innen von Ideen kooperieren und ihre Kämpfe koordinieren?

Samstag, den 19. Juni 2010 - Tag der Analyse-Beiträge

- | | |
|-------|--|
| 11.00 | Begrüßung und Einführung
Referate und Diskussionen: |
| 11.30 | Rückkehr der Klassengesellschaft? "Unterschicht", "Prekariat" und "neue Armut"
Christoph Butterwegge |
| 12.45 | Endlich gibt es Arme in Europa?! – Der sozialpolitische Diskurs der EU zu „Armut und Ausgrenzung“ und die Dethematisierung von sozialen Kämpfen
Ellen Bareis |
| 14.00 | <i>Mittagspause</i> |
| 15.00 | Alle Verhältnisse umwerfen! Hegemonie, Identität und Emanzipation
Friederike Habermann |
| 16.15 | "Dritte Arbeit" – Entrechtung, "loyalty rent" und gesellschaftliche Reproduktion
Wolfgang Richter/Irina Vellay |
| 17.30 | <i>Abschluss des ersten Tags</i> |

Sonntag, den 20. Juni 2010 - Tag der Strategie-Debatte

- | | |
|-------|---|
| 10.00 | Begrüßung und Überleitung |
| 10.30 | Zurück zu Rousseau. Nietzsches "vertikaler Rassismus", Sloterdijk, Bolz und die Schwächen der linken Gleichheitsdebatte
Arnold Schölzel |
| 12.00 | <i>Mittagspause</i> |
| 13.00 | Ziele, Strategien und Perspektive des Widerständigen
im Rundgespräch zwischen Aktivist/innen "linker Bewegungen"
aus Parteien – Katharina Schwabedissen (Partei Die Linke), Patrik Köbele (DKP),
aus der Gewerkschaftslinken – Mag Wompe (Gewerkschaftslinke/Labournet),
aus sozialen Bewegungen – Artur Aschmoneit (Attac/Wir zahlen nicht für Eure Krise),
aus Erwerbslosenarbeit – Michael Bättig (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg),
aus gewerkschaftlich-politischen Initiativen – Barbara Miranda (Undokumentierte Arbeit,
verdi Berlin), Kersten Cohrs (FAU), Heiner Stuhlfauth (Wobblies)
unter Beteiligung des Plenums |
| 16.30 | <i>Abschluss der Tagung</i> |

Ort: Fachbereich Design der Fachhochschule Dortmund
Max-Ophüls-Platz

Unkostenbeitrag 10 €/ ermäßigt 5 €
Um Anmeldung wird gebeten an die Marx-Engels-Stiftung



Tagung am 19./20. Juni 2010 in Dortmund

Die (neue) soziale Frage in Theorie und Praxis linker Bewegungen

Die Referent/innen

Dr. Ellen Bareis ist Gesellschaftswissenschaftlerin und politische Aktivistin. Sie vertritt zurzeit die Professur für das Lehrgebiet Gesellschaftliche Ausschließung und Partizipation im Studienbereich Soziale Arbeit der Fachhochschule Ludwighafen am Rhein.

Bareis@em.uni-frankfurt.de

Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Jg. 1951, lehrt seit 1998 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt ist sein Buch erschienen: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird (Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2009). apo18@uni-koeln.de

Friederike Habermann, lebt als Autorin und freie Wissenschaftlerin im Wald bei Berlin. Sie ist Volkswirtin, Historikerin und Dr. phil. in Politischen Wissenschaften. In ihrem Buch: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation (Nomos 2008) entwickelt sie mit der "subjektfundierten Hegemonietheorie" einen Ansatz aufzuzeigen, wie Herrschaftsverhältnisse über Identitäten miteinander verwoben sind. Mit ihrer jüngsten Publikation: Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag (Ulrike-Helmer-Verlag 2009) trägt sie gelebte Alternativen aus dem deutschsprachigen Raum zusammen – und beschreibt damit auch einen Teil ihrer eigenen Lebenswirklichkeit.

Friede99@gmx.de

Wolfgang Richter, Jg. 1935, Prof., ehem. Lehre und Forschung am Fachbereich Architektur der Fachhochschule Dortmund, und im europäischen Netzwerk CLR (Construction Labour Research. Letzte Veröffentlichung: Lohnarbeit, geförderte Lohnarbeit und "Dritte Arbeit". In: Projekt Klassenanalyse (Hrsg.): Mehr Profite – mehr Armut, Prekarisierung & Klassenwiderspruch. Essen 2007. wolfgang.richter@fh-dortmund.de

Dr. Arnold Schölzel, Jg. 1947, Abitur in Bremen, seit 1967 in der DDR, Studium der Philosophie, Arbeit als Philosophiehistoriker in Forschung und Lehre an der Humboldt-Universität Berlin, Publikationen zur Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts, nach dem Anschluss der DDR entlassen, Arbeit als freier Journalist, seit 1997 Redakteur der Tageszeitung junge Welt, seit 2000 Chefredakteur. as@jungewelt.de

Irina Vellay, Jg. 1961, Dipl.-Ing., Tischlerin, Studium von Architektur und Stadtplanung, berufliche Praxis in der kommunalen Planungsverwaltung, insbesondere mit dem Aufgabenbereich "frauenbezogene Planung, frauenbezogene Projekte", heute: Forschungsprojekte zu Gebrauchsrechten und Stadtentwicklung, Workfare State und Hausarbeit, Armut. Letzte Veröffentlichung: Die Parallelgesellschaft der Armut - Niedrigschwellige existenzunterstützende Angebote in Dortmund. Dortmund 2010. vellay@fh-dortmund.de



Tagung am 19./20. Juni 2010 in Dortmund

Die (neue) soziale Frage in Theorie und Praxis linker Bewegungen

Die Teilnehmer/innen am Rundgespräch

Dr. Artur Aschmoneit, gelernter Historiker, seit 19 Jahren im IT-Bereich eines mittelständischen Verlags tätig, bis vor kurzem Betriebsrat mit ver.di-Funktionen, seit 10 Jahren aktiv bei Attac und in sozialen Bewegungen, u.a. NRW-Bündnis "Wir zahlen nicht für Eure Krise".

Michael Bättig, Mitarbeiter der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO)

Kersten Cohrs, Jg. 1959, Frankfurt/M, war als Sozialarbeiter in der Drogenhilfe in Frankfurt beschäftigt und arbeitet heute im Bereich global IT Outsourcing/Leiharbeit als Netzwerkadministrator. Mitglied und aktiv in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft FAU seit 1980, mehrere Jahre, Mitglied im Wirtschaftsausschuss beim derzeitigen Arbeitgeber. Momentane Arbeitsschwerpunkte innerhalb der FAU: Kampagne "Leiharbeit abschaffen", Gewerkschaftsrecht/kollektives Arbeitsrecht.

Patrik Köbele, Jg. 1962, Essen, zwei Kinder, politisiert in der Jugendzentrumsbewegung und als Schülersprecher, später Jugendvertreter im Großbetrieb und Mitglied der SDAJ. Heutige Schwerpunkte: Kommunalpolitik, insbesondere Bürgerbegehren (gegen Privatisierung, für den Erhalt von Sportstätten), zwischenzeitlich Ratsmitglied für die DKP in Essen und aktiv in mehreren Bürgerinitiativen (für Bibliotheken, gegen den Weiterbau der Autobahn A 52, Antifaschismus).

Barbara Miranda, ver.di AK Undokumentiertes Arbeiten; respect – Europäisches Netzwerk zur Unterstützung von Migrantinnen, Berlin

Katharina Schwabedissen, Jg. 1973, ist Krankenschwester, MA Philosophie und Geschichte, ihre Magisterarbeit widmete sich dem Vergleich von bildlichen Darstellungen von Frauenrollen in Zeitschriften der 60er Jahre in der DDR und der BRD. Mutter von zwei Söhnen. Politisch bei den Pfadfinder/innen und in der Friedensbewegung der 80er Jahre sozialisiert, wurde sie 2005 Mitglied der WASG und war bis 2007 Landessprecherin der WASG in NRW. Seit 2008 ist sie Landessprecherin der Partei DIE LINKE.NRW.

Heiner Stuhlfauth, Jg. 1968, Köln, ist Autor und Mitglied der Industrial Workers of the World, deren deutschsprachige Sektion er 2006 mitbegründet hat. Von 2003 bis 2006 hat er mit anderen - mit durchwachsenem Erfolg – versucht, ein Arbeitslosen-Syndikat in Köln aufzubauen, das man als einen Vorläufer der heutigen Zahltag-Bewegung sehen kann. Stuhlfauth stammt aus der anarchistisch-autonomen Hausbesetzerbewegung.

Mag Wempel, Industriesoziologin und freie Journalistin. 1960 in Polen geboren, als Teenager über die Schweiz und etliche Stationen im Ruhrgebiet in Bochum gelandet. Mitglied nationaler und internationaler Vernetzungsinitiativen kritischer/oppositioneller Gewerkschafter/innen und Autorin industriesoziologischer und gewerkschafts- wie sozialpolitischer Veröffentlichungen. Verantwortliche Redakteurin des LabourNet Germany seit 1997.



Tagung am 19./20. Juni 2010 in Dortmund

Die (neue) soziale Frage in Theorie und Praxis linker Bewegungen

Christoph Butterwegge

**Rückkehr der Klassengesellschaft?
Diskurse zu "Unterschicht", "Prekariat" und "neue Armut"**

Die (west)deutsche Soziologie tut sich seit jeher schwer damit, Klassengegensätze zu erkennen bzw. deren Existenz anzuerkennen und die immer deutlicher sichtbare Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich zu konzedieren. Stattdessen dominieren bei vielen Gesellschaftswissenschaftler(inne)n, Politikern und Journalist(inn)en teilweise ausgesprochen komplexe Schichtungsmodelle, Milieustudien und Deutungsmuster, die den Antagonismus von Kapital und Arbeit in einem verhältnismäßig homogenen Ganzen aufgehen lassen. In einer historischen Rückschau, die mit der Nachkriegszeit beginnt und mit aktuellen Debatten über „neue Unterschichten“ und das „abgehängte Prekariat“ endet, mit deren Hilfe man die (Fort-)Existenz von Klassen und Schichten negiert oder relativiert (hat).

Jahrzehntelang prägte die Charakterisierung als „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) das Selbstbild der Bundesrepublik. Dass sich die Gesellschaft aufgrund der Umverteilung „von unten nach oben“ während der 80er- bzw. 90er-Jahre immer deutlicher spaltete, sich das Kapital in noch weniger Händen konzentrierte und mit der Massenarbeitslosigkeit vor allem in Ostdeutschland vermehrt alte Deprivationserfahrungen um sich griffen, entging jenen Soziologen, die sich nach 1968 und der folgenden „Linkswende“ wieder den gesellschaftlichen Machtverhältnissen angepasst hatten.

Von einer „Rückkehr der Klassengesellschaft“ (Ditmar Brock) kann insofern nicht die Rede sein, als der Klassenantagonismus nie verschwunden war, sich vielmehr im Gefolge der meist als „Globalisierung“ bezeichneten neoliberalen Modernisierung, d.h. der Umstrukturierung fast aller Gesellschaftsbereiche nach dem Muster des Marktes wieder deutlicher konturierte. Trotzdem leugnen die meisten deutschen Sozialwissenschaftler/innen beharrlich, dass sie es mit einer Klassengesellschaft zu tun haben. In den Diskursen über die „neue Unterschicht“ und das „abgehängte Prekariat“ manifestierte sich gleichwohl die Tendenz zu sozialer Polarisierung, Pauperisierung und Prekarisierung im Finanzmarktkapitalismus, wie sich in solchen Begriffen auch ein Trend zur Entsolidarisierung, eine zunehmende Stigmatisierung der Armen und ein wachsender Sozialneid nach unten artikulierte.



Tagung am 19./20. Juni 2010 in Dortmund

Die (neue) soziale Frage in Theorie und Praxis linker Bewegungen

Ellen Bareis

Endlich gibt es Arme in Europa?! – Der sozialpolitische Diskurs der EU zu „Armut und Ausgrenzung“ und die Dethematisierung von sozialen Kämpfen

Vor einigen Jahren beschloss die EU-Kommission, das Jahr 2010 zum offiziellen Jahr „zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung“ zu machen. Als diese Öffentlichkeitskampagne verabschiedet wurde, war nicht abzusehen, dass die EU-Politik genau in diesem Jahr, 2010, Armut und Ausgrenzung in Europa exponentiell steigen lassen wird. Mit den aktuellen unter dem Diktum von Währungsstabilität und Finanzkrise inszenierten Kürzungsarien, die sich in fast allen europäischen Ländern vor allem als Kürzungen in den Bereichen soziale Infrastruktur und Sozialleistungen niederschlagen, produzieren die Regierungen neue soziale Spaltungen in einem extremen Ausmaß. Dabei handelt es sich zwar faktisch um eine Re-Organisation und Minimalisierung von Sozialpolitik, die aber auf EU-Ebene mit dem Instrument Währungspolitik „gesteuert“ wird.

Aus kritischer sozialpolitischer Perspektive ist dies aber keine neue Entwicklung: Alle Diskussionen in den letzten Jahrzehnten, zu einer gemeinsamen Sozialpolitik auf EU-Ebene zu kommen, wurden zum Scheitern gebracht. Nachwievor gilt für die Sozialpolitik das Subsidiaritätsprinzip. Verantwortlich sind die politischen Institutionen auf den räumlichen Ebenen „unterhalb“ der EU, also von der Sozialgesetzgebung der Nationalstaaten bis hin zu kommunalen Arrangements. Und zugleich wird seit vielen Jahren EU-weit faktisch eine zunehmend ausschließende Sozialpolitik produziert - mittels der Homogenisierungen in anderen Feldern: der Arbeitsmarktpolitik, der Grenzpolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Bildungspolitik.

Die Ausrufung eines gemeinsamen Jahres „zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung“ durch die EU kann somit keine sozialpolitische Fundierung haben. Folgerichtig wird die Thematisierung der „*neuen sozialen Frage*“, die in allen Mitgliedsstaaten an politischer Dringlichkeit gewinnt, in der EU-Kampagne 2010 als „Öffentlichkeitsfrage“ behandelt. Damit will die Kampagne einer bislang verdrängten Armuts-Realität in Europa eine öffentliche Bühne eröffnen. Jedoch wird in der Kampagne die Verantwortlichkeit nicht an die EU-politische Ebene übergeben – sondern an eine zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und kleine lokale Träger. Sozialpolitische Fragen (im weiten Sinn) werden in dieser Kampagne ebenso dethematisiert wie die alltäglichen und politischen Kämpfe der Menschen in Armutssituationen oder in prekären Lebenslagen.

Demgegenüber stehen seit den 1990er Jahren basisgewerkschaftliche, feministische und anti-rassistische europäische Netzwerke, die Forderungen nach „social rights“ oder ein „Recht auf Rechte“ **auf mindestens europäischem Niveau** formulieren. Diese Netzwerke scheinen jedoch mit der wenig produktiven „Oui!“/“Non!“ - Diskussion zur „Europäischen Verfassung“ 2005 ausgebremst worden zu sein. Sie finden jedenfalls derzeit kaum Gehör. Stattdessen manifestieren sich die aktuellen Proteste gegen die (im Kern europäische) Armuts- und Ausgrenzungspolitik im Jahr 2010 (wieder) auf nationaler Ebene und verbinden sich kaum.



Tagung am 19./20. Juni 2010 in Dortmund

Die (neue) soziale Frage in Theorie und Praxis linker Bewegungen

Friederike Habermann

Alle Verhältnisse umwerfen! Hegemonie, Identität und Emanzipation

Während Mädchen heute überlegen dürfen, ob sie Friseurin oder Bundeskanzlerin werden wollen, und während weder die sexuelle Ausrichtung noch die rassifizierte Zuordnung unüberwindbare Hindernisse für den Aufstieg in höchste Ämter bedeuten müssen, entstehen neue gesellschaftliche Schließungen. Nicht zuletzt ist eine Biologisierung der Unterklasse festzustellen: Angeblich würden Hartz-IV-Beziehende seit Generationen auf Staatskosten leben und nicht nur vererben, dick zu sein, sondern es pralle auch jeder Bildungsversuch an ihnen ab.

Meine These ist, dass der *homo oeconomicus*, das Subjekt aus der Wirtschaftstheorie, zwar in Interaktion mit der Konstruktion des weißen, männlichen Bürgers entstanden ist, heute aber als hegemoniales Ideal für (fast) alle gilt. Dies führt zu den eben angerissenen Verschiebungen zwischen *sex*, *race*, *class* und anderen Herrschaftsverhältnissen. Grundlage dabei ist meine subjektfundierte Hegemonietheorie, welche aufzeigt, dass jede Hegemonie Identitäten (re-)konstruiert – und damit alle Hegemonien zusammen, denn diesen Kapitalismus kann es nur mit diesem Rassismus und diesem Sexismus geben; alle Herrschaftsverhältnisse sind in ihren jeweiligen historischen Ausprägungen untrennbar miteinander verwoben.



Tagung am 19./20. Juni 2010 in Dortmund

Die (neue) soziale Frage in Theorie und Praxis linker Bewegungen

Wolfgang Richter / Irina Vellay

"Dritte Arbeit" – Entrechtung, "loyalty rent" und gesellschaftliche Reproduktion

Die Ausprägung einer Armutszone als Teil des Europäischen Sozialmodells hängt eng mit Deregulierung und Restrukturierung des Arbeitsmarktes zusammen. Nicht nur die drastische Zunahme des Niedriglohnssektors, sondern auch die öffentliche Ko-Finanzierung von Lohnarbeit zu untertariflichen Bedingungen und die Unterschichtung des Arbeitsmarktes mit "Dritter Arbeit" aus Workfare-Programmen verschärfen die Verarmungsprozesse. Diese Entwicklungen sind kein deutsches Phänomen, sondern sie vollziehen sich in enger Abstimmung mit Vorgaben der EU. Die geplante Einführung der "Bürgerarbeit" – kofinanziert durch den Europäischen Sozialfonds - bedeutet eine erneute Verschlechterung gegenüber allen vorherigen Programmen zum "Arbeitseinsatz" von Langzeitarbeitslosen. Es ist absehbar, wann die so "Geförderten" ausschließlich für das Existenzminimum des ALG II-Satzes arbeiten müssen.

Dieser Prozess hat weitreichende Wirkungen für die Entwicklung und Ausgestaltung sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft. Die Armutszone dramatisiert die soziale Polarisierung und ist verbunden mit der Preisgabe des gesellschaftlichen Gleichheitsversprechens. Die Armen verlieren als Transferleistungsempfänger/innen wesentliche Bürger/innenrechte und werden zunehmend in ein System direkter struktureller Abhängigkeit zur Kontrolle von Arbeit eingebunden. Die zum Gegenwert des baren Existenzminimums erzwungene Arbeit verändert grundlegend den Verhandlungsraum der Lohnarbeiter/innen. Daher müssen die gegenüber dem Beginn des Jahrzehnts in weiten Bereichen durchgesetzten Lohnsenkungen von 30 % nicht das Ende der Abwärtsbewegung sein. Erhebliche Konflikte und sich vertiefende Spaltungen begleiten die angedeuteten Restrukturierungen der Verfasstheit der lohnarbeitenden Klasse. Die bessergestellten Teile können ihre Ansprüche wahren, aber nur um den Preis, dass andere immer schlechter dastehen.

Die Verschiebungen verändern die Gesellschaft insgesamt. Besonders sichtbar wird dies in dem Aufbau einer Ökonomie der Armut als Reproduktionsbasis der Armutszone, um "überzählige Menschen" ohne hinreichende eigene Existenzmittel mit Resten und Abfällen der Mehrheitsgesellschaft zu versorgen und gleichzeitig durch "Recycling" die gesellschaftliche Umweltbilanz aufzuwerten.



Tagung am 19./20. Juni 2010 in Dortmund

Die (neue) soziale Frage in Theorie und Praxis linker Bewegungen

Arnold Schölzel

Zurück zu Rousseau. Nietzsches "vertikaler Rassismus", Sloterdijk, Bolz und die Schwächen der linken Gleichheitsdebatte

Der Entzug sozialer Rechte strebt gegenwärtig einem Tiefpunkt zu. Die Wiedererlangung sozialrechtlicher Regelungen erscheint als erster Ansatz linker politischer Programmatik. Die Heftigkeit des ideologischen Kampfes darum zeigt, dass damit unmittelbar Eigentums- und Machtfragen tangiert werden. Die Befürworter der Zerstörung rechtlicher Regelungen zum Schutz Schwächerer in der Gegenwart können sich auf eine lange Tradition von Angriffen auf die Forderung nach sozialer und politischer Gleichheit stützen.

Die Etablierung einer „Herrenvolk Democracy“ auf nationaler wie auf internationaler Ebene findet ihre Fürsprecher in Deutschland u. a. bei Sloterdijk und Bolz. Ohne ein umfassendes weltanschauliches Angebot, ohne Aussagen zu Geschichte, Menschenbild und humanen Verhältnissen bleibt die Linke auf theoretischer Ebene schwach, auf politischer Ebene im Nachtrab. Im Kapitalismus ist diese Frage Kampfplatz antagonistischer Interessen. Erst sozialistische Produktionsverhältnisse bieten eine Grundlage, um die Dialektik von sozialer Gleichheit und Ungleichheit nach menschlichem Maß zu bewältigen.

Die Schwäche der linken Gleichheitsdebatte besteht darin, die Frage nicht radikal, im Sinne von grundlegend und zugespitzt zu behandeln. Wenn die Annahme der Rebarbarisierung zutrifft, dann ist die Einforderung von Rechten dringend und agitatorisch erfolgversprechend. Wenn allerdings nicht das Maximum als Ziel erörtert wird, nämlich die Forderung nach allseitiger Entwicklung eines jeden, dann setzt sie der ideologischen Hegemonie des Ungleichheitsdiskurses zu wenig entgegen. Es geht um das humanistische Menschenbild der neuzeitlichen Tradition, das jenem entgegensetzen ist, und um die Forderung nach Verhältnissen, in denen es realisiert werden kann.